



Motion der SVP-Fraktion

betreffend Freiwilligkeit der Kirchensteuer für juristische Personen

(Vorlage Nr. 3188.1 - 16498)

Bericht und Antrag des Regierungsrats
vom 4. Mai 2021

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen den Bericht und Antrag zur Motion der SVP-Fraktion betreffend Freiwilligkeit der Kirchensteuer für juristische Personen (Vorlage Nr. 3188.1 - 16498). Der Kantonsrat hat die Motion vom 31. Dezember 2020 am 28. Januar 2021 an den Regierungsrat zum Bericht und Antrag überwiesen. Unseren Bericht gliedern wir wie folgt:

1.	In Kürze	1
2.	Ausgangslage	2
2.1.	Begriff der Kirchensteuer	2
2.2.	Gesetzliche Regelung auf Bundesebene und im Kanton Zug	2
2.3.	Regelungen in anderen Kantonen	3
3.	Motion von Manuel Aeschbacher und Thomas Villiger vom 14. Oktober 2004 sowie Motion der Alternativen Fraktion vom 26. November 2004	4
4.	Die Kirchensteuerpflicht der juristischen Personen im Kanton Zug	4
5.	Beurteilung des Motionsanliegens	5
5.1.	Rechtsprechung des Bundesgerichts	5
5.2.	Wichtigkeit der Kirchensteuern	6
5.3.	Leistungen der Kirchgemeinden	7
6.	Kirchen und Wirtschaft	10
6.1.	Einmischung der Kirchen in politische Angelegenheiten	10
6.2.	Transparenz bei den Finanzen	11
6.3.	Verhältnis der Kirche zur Wirtschaft	11
7.	Antrag	12

1. In Kürze

Aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichts, der Wichtigkeit der Kirchensteuern sowie der Leistungen der Kirchgemeinden beantragt der Regierungsrat, die Motion der SVP-Fraktion betreffend Freiwilligkeit der Kirchensteuer für juristische Personen sei nicht erheblich zu erklären. Die Belastung der juristischen Personen durch die Kirchensteuer im Kanton Zug ist bescheiden. Demgegenüber hätte ein Verzicht auf die Erhebung von Kirchensteuern von juristischen Personen gravierende Auswirkungen auf den Finanzhaushalt der anerkannten Religionsgemeinschaften im Kanton Zug. Als Arbeitgebende und Trägerinnen der Wirtschaft zählen juristische Personen zu den wichtigsten Kräften der Gesellschaft. Sie tragen zum Wohlstand der Bevölkerung und damit zur Entfaltungsmöglichkeit aller natürlichen Personen bei. Damit einher geht eine hohe soziale und gesellschaftliche Mitverantwortung, denn die Wirtschaftstätigkeit kann als Nebenfolge auch soziale und gesellschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit, Schwierigkeiten am Arbeitsplatz, Überarbeitung, Stress, Vereinsamung und Sinnkrise nach der

Pensionierung schaffen. Diesen Fragen nehmen sich die Landeskirchen in ihrem sozialen und gesellschaftlichen Engagement an. Deshalb sind die Leistungen der Kirche für die Gesellschaft unabdingbar. Diese Leistungen in den Bereichen Soziales, Bildung und Kultur tragen wesentlich zu einer stabilen Gesellschaft bei. Davon profitieren auch die Unternehmen im Kanton Zug.

2. Ausgangslage

2.1. Begriff der Kirchensteuer

Ohne auf die besonderen kantonalen Ausgestaltungen Rücksicht zu nehmen, kann die Kirchensteuer definiert werden als «Abgabe, welche die vom Staate dazu befähigten öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften auf Grund ihrer territorialen Hoheit von ihren Mitgliedern und oft auch von den juristischen Personen zur Deckung kirchlicher Ausgaben erheben können» (Steuerinformationen, herausgegeben von der Schweizerischen Steuerkonferenz SSK, Die Kirchensteuern, Stand der Gesetzgebung: 1. Januar 2017 [nachfolgend: Steuerinformationen], S. 2).

2.2. Gesetzliche Regelung auf Bundesebene und im Kanton Zug

Die Kirchensteuern sind in unserem vielschichtigen schweizerischen Steuersystem unter die kantonalen Steuern einzuordnen. Gemäss der bundesstaatlichen Kompetenzausscheidung von Art. 3 der Bundesverfassung (BV) ist es Sache der Kantone, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu ordnen und insbesondere die rechtliche Stellung der Religionsgemeinschaften zu bestimmen. Der Bund hat sich damit begnügt, einige – allerdings nicht unbedeutende – Schranken zu errichten, die von den Kantonen bei der Ausübung der Kirchenhoheit zu beachten sind. Innerhalb dieser Schranken des Bundesrechts sind die Kantone frei, beispielsweise Staat und Kirche zu trennen oder eine oder mehrere Religionsgemeinschaften öffentlich-rechtlich anzuerkennen und finanziell zu unterstützen (Steuerinformationen, S. 2).

Bezüglich der konkreten Ausgestaltung der direkten Kantons- und Gemeindesteuern wird den Kantonen also ein weiter Spielraum zugestanden. Der Bund legt in Art. 129 BV nur – aber immerhin – Grundsätze zur Steuerharmonisierung fest. Auf der Basis dieses Verfassungsartikels hat der Bund ein Gesetz und eine Verordnung zur Steuerharmonisierung erlassen. Die Regelung der Beziehungen zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften ist weitgehend Sache der Kantone (explizit Art. 72 Abs. 1 BV). Diese umfangreichen kantonalen Kompetenzen führen dazu, dass jeder Kanton eine eigene rechtliche Ausgestaltung der Kirchensteuer juristischer Personen kennt (Süess/Tappenbeck/Pahud de Mortanges, Die Kirchensteuern juristischer Personen in der Schweiz, Eine Dokumentation, Zürich/Basel/Genf 2013 [= FVRR 28], S. 5)

Gemäss § 15 der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894 (BGS 111.1) haben die Steuerpflichtigen im Verhältnis der ihnen zu Gebote stehenden Mittel an die Staats- und Gemeindelasten beizutragen (Abs. 1). Steuerfrei sind der Staat, die Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden, das Kirchen- und Pfrundvermögen und sein Ertrag sowie die ausschliesslich gemeinnützigen öffentlichen Zwecken gewidmeten Vermögen und Einkommen; das Gesetz kann weitere Ansprüche auf Steuerfreiheit oder -erleichterung gewähren (Abs. 2). Gemäss § 72 Abs. 1 KV umfasst die Kirchgemeinde die in ihrem Gebiet wohnhaften Personen gleicher Konfession. Gemäss § 74 Abs. 1 KV erheben die Gemeinden, ausgenommen die Korporationsgemeinden, Steuern, wenn ihre Einnahmen zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht ausreichen. Gemäss § 75 Abs. 1 KV ist niemand gehalten, Steuern zu bezahlen, welche speziell für eigentliche Kultuszwecke einer Religionsgenossenschaft, der sie bzw. er nicht angehört, auferlegt werden.

Gestützt auf § 1 Abs. 1 des Steuergesetzes (StG) vom 25. Mai 2000 (BGS 632.1) erheben der Kanton, die Einwohner-, die Bürger- sowie die römisch-katholischen und die evangelisch-reformierten Kirchgemeinden jährlich Steuern wie folgt: a) Einkommens- und Vermögenssteuern von natürlichen Personen; b) Gewinn- und Kapitalsteuern von juristischen Personen; c) Quellensteuern auf dem Einkommen von bestimmten natürlichen und juristischen Personen. Gemäss § 97 Abs. 1 StG wird der Steuerbetrag nach Abzug der direkten Bundessteuer zwischen dem Kanton sowie der betreffenden Einwohner- und Kirchgemeinde im Verhältnis des kantonalen und der mittleren gemeindlichen Steuerfüsse zum Gesamtsteuerfuss aufgeteilt. Gemäss § 169 StG erheben die römisch-katholischen und die evangelisch-reformierten Kirchgemeinden (sic!) bei persönlicher oder wirtschaftlicher Zugehörigkeit zum Gebiet der Kirchgemeinde von den Mitgliedern sowie von den juristischen Personen nach den Bestimmungen des Steuergesetzes Steuern wie der Kanton (Abs. 1). Die juristischen Personen entrichten die Steuern aufgrund der Ergebnisse der letzten Volkszählung im Verhältnis der im Gebiet einer katholischen Kirchgemeinde wohnhaften Mitglieder der Kirchgemeinden (Abs. 3). Juristische Personen, welche konfessionelle Zwecke verfolgen, haben die Kirchensteuer nur der Kirchgemeinde dieser Konfession zu entrichten (Abs. 4).

Gemäss § 130 Abs. 1 des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz, GG) vom 4. September 1980 (BGS 171.1) kann die Kirchgemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben Kirchensteuern erheben.

Gemäss § 1 Abs. 1 des Gesetzes über den Steuerausgleich unter den katholischen Kirchgemeinden des Kantons Zug vom 30. Oktober 2003 (BGS 446.1) führen die katholischen Kirchgemeinden des Kantons Zug einen Steuerausgleich durch. Der Steuerausgleich bezweckt, den Kirchgemeinden die Erfüllung ihrer Aufgaben zu erleichtern und die unterschiedliche Steuerkraft der katholischen Kirchgemeinden teilweise auszugleichen und damit eine Annäherung der Steuerfüsse zu fördern. Gemäss § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wird der Steuerausgleich durch jährliche Beiträge der katholischen Kirchgemeinden von mindestens 20 Prozent des Ertrags der Kirchensteuern der juristischen Personen finanziert. Näher geregelt wird dieser Steuerausgleich im Reglement über den Steuerausgleich unter den katholischen Kirchgemeinden des Kantons Zug vom 27. November 2013 (BGS 446.21).

Dies bedeutet, dass im Kanton Zug die römisch-katholische und die evangelisch-reformierte Kirche öffentlich-rechtlich anerkannt und damit zur Erhebung einer Kirchensteuer ermächtigt sind. Diese offiziell anerkannten Kirchen bzw. die entsprechenden Kirchgemeinden haben damit steuerhoheitliche Befugnisse. Dabei wird die Kirchensteuer in Prozent der einfachen Kantonssteuer berechnet. Steuersatz und Steuerfuss werden von der jeweiligen Kirchgemeindeversammlung bestimmt, mit jährlicher Geltungsdauer. Die Erhebung der Kirchensteuer ist obligatorisch für die natürlichen als auch für die juristischen Personen. Für die Veranlagung sowie für den Bezug ist die kantonale Steuerverwaltung zuständig.

2.3. Regelungen in anderen Kantonen

Die Kantone haben die Kirchenhoheit – entsprechend ihren geschichtlichen und föderalistischen Eigenheiten – in den Schranken des Bundesrechts sehr unterschiedlich ausgeübt. Praktisch deckt sich keine Regelung vollständig mit der andern, so dass man heute in der Schweiz von 26 Gestaltungsformen auszugehen hat. Generell kann auf die Steuerinformationen verwiesen werden:

https://www.estv.admin.ch/dam/estv/de/dokumente/allgemein/Dokumentation/Publikationen/dossier_steuerinformationen/d/Die%20Kirchensteuern.pdf.download.pdf/d_kirchensteuern_d.pdf

Betreffend das Steuersubjekt kann insbesondere Folgendes festgehalten werden: In der Mehrheit der Kantone (ausser in den Kantonen Basel-Stadt, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Aargau und Genf) sind auch die juristischen Personen kirchensteuerpflichtig. Der Kanton

Waadt erhebt keine Kirchensteuern im eigentlichen Sinn, da die Kultusauslagen bereits im kantonalen Budget enthalten sind; die Finanzierung der Kultusausgaben erfolgt also aus dem Ertrag der ordentlichen Steuern, welche bei den natürlichen wie auch bei den juristischen Personen erhoben werden, so dass natürliche und juristische Personen indirekt an der Finanzierung der evangelisch-reformierten und der römisch-katholischen Kirche beteiligt sind. Im Kanton Wallis, wo die Kultusauslagen im Gemeindebudget enthalten sind, wird die Kirchensteuer in einigen Gemeinden erhoben. In den Kantonen Tessin und Neuenburg steht es den Steuerpflichtigen frei, die Kirchensteuern zu bezahlen oder nicht; die Kirchensteuer wird zwar in Rechnung gestellt, eine allfällige Nichtbezahlung wird aber nicht geahndet (Steuerinformationen, S. 12 f.). Alle Innerschweizer Kantone und auch die direkten Steuerkonkurrenten kennen also die Kirchensteuer für juristische Personen, inklusive dem Wirtschaftsmotor Zürich.

3. Motion von Manuel Aeschbacher und Thomas Villiger vom 14. Oktober 2004 sowie Motion der Alternativen Fraktion vom 26. November 2004

Am 14. Oktober 2004 hatten Manuel Aeschbacher und Thomas Villiger eine Motion betreffend Befreiung der juristischen Personen von der Kirchensteuer (Vorlage Nr. 1417.1 - 11570) eingereicht. Am 26. November 2004 erfolgte eine Motion der Alternativen Fraktion betreffend Erhebung einer Mandatssteuer für juristische Personen anstelle der bisherigen Kirchensteuer (Vorlage Nr. 1288.1 - 11614). Der Regierungsrat erstattete am 16. August 2005 Bericht und Antrag zu den beiden Motionen und beantragte für beide Motionen Nichterheblicherklärung (Vorlage Nr. 1271.2/1288.2 - 11795). Der Kantonsrat folgte am 29. September 2005 diesem Antrag.

4. Die Kirchensteuerpflicht der juristischen Personen im Kanton Zug

Vorstehende Ausführungen zu den gesetzlichen Regelungen machen klar, dass eine Freiwilligkeit der Kirchensteuer für juristische Personen eine Verfassungsrevision erfordern würde, welche der obligatorischen Volksabstimmung unterliegt. Bisher hat im Kanton Zug noch keine juristische Person in einem Rechtsmittelverfahren geltend gemacht, die Kirchensteuer verletze die Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Im Steuerjahr 2020 waren im Kanton Zug insgesamt 32 346 juristische Personen kirchensteuerpflichtig. Bei den natürlichen Personen bestand folgendes Verhältnis zwischen Kirchensteuerpflichtigen und nicht Kirchensteuerpflichtigen:

	Natürliche Personen Stand 31.12.2020	In %
Natürliche Personen		
Römisch-katholisch	61 058	49,5
Evangelisch-reformiert	16 922	13,7
Andere oder keine Konfession	45 391	36,8
Total natürliche Personen	123 371	100,0
Juristische Personen	32 346	
Quelle: Steuerverwaltung		

Der Kirchensteuerertrag 2020 setzte sich wie folgt zusammen:

	Natürliche Personen	Juristische Personen	Total
Römisch-katholische Kirchgemeinden	17 315 204	22 019 966	39 335 170
Evangelisch-reformierte Kirchgemeinden	7 400 151	6 948 093	14 348 244
Total	24 715 355	28 968 059	53 683 414
Quelle: Steuerverwaltung			

5. Beurteilung des Motionsanliegens

5.1. Rechtsprechung des Bundesgerichts

Seit 1878 hat das Bundesgericht wiederholt die Verfassungsmässigkeit der Kirchensteuerpflicht juristischer Personen bestätigt, letztmals mit Bundesgerichtsentscheid vom 22. September 2010 (BGE 2C_71/2010). In dieser neuesten Entscheidung hielt es fest, dass seine bisherige Praxis auch mit der in Art. 15 der neuen Bundesverfassung gewährleisteten Glaubens- und Gewissensfreiheit im Einklang stehe. Aus den Materialien gehe zweifelsfrei hervor, dass der Verfassungsgeber an der Kirchensteuerpflicht juristischer Personen nichts habe ändern und insbesondere das Bundesgericht nicht zur Aufgabe seiner bisherigen Praxis habe zwingen wollen. Eine Änderung einer über hundertjährigen Praxis, auf die sich die öffentlich-rechtlich anerkannten Kirchen eingestellt hätten, komme aus Gründen der Rechtssicherheit nur in Frage, wenn entsprechend gewichtige Gründe vorlägen. Solche seien nicht erkennbar. Das Bundesgericht sah und sieht wohl auch in naher Zukunft keinen Anlass, seine Praxis zu ändern.

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts wollte der Verfassungsgeber den Kantonen nicht verbieten, das Kirchwesen als eine öffentliche Aufgabe zu betrachten und die anerkannten Landeskirchen als Gebietskörperschaften auszugestalten. Ebenso wenig wollte er es verbieten, dass die Kirchgemeinden ihre finanziellen Bedürfnisse gleich wie die politischen Gemeinden durch die Erhebung voraussetzungslos geschuldeter Abgaben (Steuern) von den ihrer Gebietshoheit unterworfenen Steuerpflichtigen decken können. Deshalb dürften auch die in ihrem Gebiet domizilierten juristischen Personen zur Kirchensteuer herangezogen werden und es dränge sich auf, die Ausnahme von der Kirchensteuerpflicht lediglich für natürliche Personen als Ausfluss der Glaubens- und Gewissensfreiheit anzusehen. Die Pflicht zur Leistung von Steuern an ein territorial bestimmtes Gemeinwesen sei nicht von der personellen Zugehörigkeit zu diesem Gemeinwesen abhängig. Es bestehe daher kein Anlass, juristische Personen nur deshalb von der Kirchensteuerpflicht auszunehmen, weil sie nicht Mitglied der steuerberechtigten Kirchen sein könnten (BGE 126 I 122).

Indem die Motionärin die Kirchensteuerpflicht auf einer rein personellen Grundlage postuliert, lässt sie die territoriale Grundlage ausser Acht. Da die Kirchensteuerpflicht für juristische Personen nicht an persönliche Eigenschaften anknüpft, über die nur eine natürliche Person verfügt, ist es irrelevant, ob die juristische Person einen Bezug zum Tätigkeitsbereich der Kirchen aufweist. Zudem ist die Kirchensteuer als eigentliche Steuer voraussetzungslos geschuldet und somit nicht von Gegenleistungen des entsprechenden Gemeinwesens abhängig.

Das Bundesgericht hielt weiter fest: «Das Bundesgericht hat seine Praxis zu ändern, wenn eine bessere Erkenntnis des Sinns der massgeblichen Bestimmungen, veränderte tatsächliche Verhältnisse oder gewandelte Rechtsanschauungen eine andere Lösung erfordern. Andernfalls ist die bisherige Rechtsprechung beizubehalten. Eine Praxisänderung muss sich auf ernsthafte sachliche Gründe stützen, die – im Interesse der Rechtssicherheit – umso gewichtiger sein müssen, je länger die als nicht mehr zeitgemäss erkannte Rechtsanwendung gehandhabt worden ist (BGE 136 III 6 E. 3 S. 8 mit Hinweisen). Die bisherige Rechtsprechung, welche die

Kirchensteuern juristischer Personen als zulässig erklärt, besteht – wie bereits erwähnt – seit über 140 Jahren. Die Kantone haben gestützt auf diese Praxis die Finanzierung der Kirchen und Religionsgemeinschaften geregelt. Ihre Änderung hätte deshalb erhebliche Auswirkungen. Da somit das Bundesgericht mit seiner Rechtsprechung den Weg dafür geebnet hat, dass heute eine grosse Mehrheit der Kantone die Kirchensteuerpflicht juristischer Personen kennt (vgl. BGE 126 I 122 E. 5d/aa S. 130 f. mit Hinweisen), kann es diesen Umstand bei seiner Entscheidungsfindung nicht ausser Acht lassen. Es ist in einer anderen Lage, als wenn es das erste Mal über die Zulässigkeit der Kirchensteuer juristischer Personen zu befinden hätte, und muss dem Gesichtspunkt der Rechtssicherheit das ihm gebührende Gewicht beimessen. Eine Praxisänderung ist zwar auch in dieser Situation nicht ausgeschlossen, doch müssen dafür besonders gewichtige Gründe vorliegen» (BGE 2C_71/2010, E. 6).

Eine Änderung der Praxis, wonach auch juristische Personen Kirchensteuer zu entrichten haben, wäre also für die Landeskirchen und die Kirchgemeinden mit weitreichenden Folgen verbunden. Zwar ist es dem Kanton Zug nicht verwehrt, seine bestehende Regelung zu revidieren. Allerdings ist nicht ersichtlich, inwiefern sich die Verhältnisse im Kanton Zug verändert haben sollen, um von der bisherigen, lange gelebten Praxis abzuweichen. Verfassungsrechtlich hält die bisherige Regelung durchaus stand, wie das Bundesgericht immer wieder ausgeführt hat. Der Grund, die Landeskirchen hätten sich in neuerer Zeit vermehrt in politische Angelegenheiten eingemischt, kann nicht hinreichend als Begründung für eine derart weitreichende Änderung der bisherigen Steuerpraxis angesehen werden. Dies, zumal die Landeskirchen in unserer Gesellschaft eine überaus grosse Verantwortung wahrnehmen, wie nachfolgende Ausführungen aufzeigen.

5.2. Wichtigkeit der Kirchensteuern

Wie in der Motion richtig festgestellt wurde, haben juristische Personen nicht die Wahlfreiheit, ob sie einer Konfession angehören wollen und entsprechend der Kirchensteuerpflicht unterstellt sind oder nicht. Dies hat seinen Grund jedoch nicht in einer Diskriminierung der juristischen Personen, sondern darin, dass sie mangels Glaubens gar nicht Mitglied einer Kirche sein und demzufolge auch nicht aus einer solchen austreten können. Wie bereits erwähnt, ergibt sich ihre Steuerpflicht auch nicht aus einer personellen, sondern aus einer territorialen Zugehörigkeit zur entsprechenden Kirchgemeinde. Immerhin können juristische Personen, die einen konfessionellen Zweck verfolgen, gemäss Rechtsprechung des Bundesgerichts nicht dazu verpflichtet werden, an andere Religionsgemeinschaften Kirchensteuern zu entrichten. Eine Freikirche beispielsweise, die als Verein organisiert ist, zahlt folglich keine Kirchensteuer (vgl. § 169 Abs. 4 Steuergesetz).

Die Belastung der juristischen Personen durch die Kirchensteuer im Kanton Zug ist bescheiden; sie beträgt je nach Standortgemeinde, Gewinnsituation und Kapitalausstattung typischerweise lediglich rund zwei Prozent der Belastung durch die direkten Steuern von Bund, Kanton und Gemeinden. Demgegenüber hätte ein Verzicht auf die Erhebung von Kirchensteuern von juristischen Personen gravierende Auswirkungen auf den Finanzhaushalt der anerkannten Religionsgemeinschaften im Kanton Zug: Die Gesamteinnahmen der römisch-katholischen Kirchgemeinden beliefen sich für das Rechnungsjahr 2019 auf rund 48 040 000 Franken; mit einem Betrag von 42 083 000 Franken machten die Kirchensteuern 87,6 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Die Gesamteinnahmen der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde beliefen sich für das Rechnungsjahr 2019 auf rund 18 221 800 Franken; mit einem Betrag von 15 231 800 Franken machten die Kirchensteuern 83,6 Prozent der Gesamteinnahmen aus (Quelle: Kirchgemeinden).

Die Kirchensteuereinnahmen von juristischen Personen beliefen sich im Jahre 2020 auf 28 968 059 Franken (röm.-kath: 22 019 966 Franken, ev.-ref.: 6 948 093 Franken). Damit

leisteten die juristischen Personen einen Beitrag von rund 54 Prozent der gesamthaften Kirchensteuereinnahmen (Kirchensteuereinnahmen total 53 683 414 Franken, wovon 39 335 170 Franken bei röm.-kath. und 14 348 244 Franken bei ev.-ref. Kirchgemeinden; Quelle: Steuerverwaltung).

Der Anteil der Steuern juristischer Personen an den Gesamteinnahmen variiert von Gemeinde zu Gemeinde und reichte bei den römisch-katholischen Kirchgemeinden von 4,4 Prozent bis 64,4 Prozent. Bei den römisch-katholischen Kirchgemeinden flossen im Jahre 2019 total 4 893 000 Franken bzw. 22,8 Prozent der Einnahmen aus der Besteuerung der juristischen Personen in einen Steuerausgleichstopf. Dieser Steuerausgleich kommt jenen römisch-katholischen Kirchgemeinden zugute, die ihre laufenden Ausgaben u. a. deshalb nicht zu decken vermögen, weil sie nur über wenige juristische Personen verfügen. So reduzierte sich die Spannbreite der Einnahmen an den Steuern juristischer Personen auf 20,7 Prozent bis 62,5 Prozent (Quelle: Römisch-katholische Kirchgemeinden). Die Befreiung der juristischen Personen von der Kirchensteuerpflicht hätte den Wegfall dieses Ausgleichs zur Folge. Einige Kirchgemeinden hätten somit gleich doppelt das Nachsehen.

5.3. Leistungen der Kirchgemeinden

Als Arbeitgebende und Trägerinnen der Wirtschaft zählen juristische Personen zu den wichtigsten Kräften der Gesellschaft. Sie tragen zum Wohlstand der Bevölkerung und damit zur Entfaltungsmöglichkeit aller natürlichen Personen bei. Damit einher geht eine hohe soziale und gesellschaftliche Mitverantwortung, denn die Wirtschaftstätigkeit kann als Nebenfolge auch soziale und gesellschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit, Schwierigkeiten am Arbeitsplatz, Überarbeitung, Stress, Vereinsamung und Sinnkrise nach der Pensionierung schaffen. Genau dieser Fragen nehmen sich die Landeskirchen in ihrem sozialen und gesellschaftlichen Engagement an. Deshalb sind die Leistungen der Kirche für die Gesellschaft unabdingbar. Diese Leistungen in den Bereichen Soziales, Bildung und Kultur tragen wesentlich zu einer stabilen Gesellschaft bei. Davon profitieren auch die Unternehmen im Kanton Zug.

Die Landeskirchen sind in der Bevölkerung des Kantons Zug stark verankert. Trotz der immer wieder angeführten Entfremdung zählten sich im Jahr 2020 im Kanton Zug rund 49,5 Prozent der Bevölkerung zur römisch-katholischen Landeskirche und rund 13,7 Prozent zur evangelisch-reformierten Landeskirche (Quelle: Steuerverwaltung). Die Wirtschaft profitiert von Instanzen der Gesellschaft, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern inneren Halt geben, Sozialkompetenzen fördern und für moralische Werte einstehen. Selbst wenn nicht alle juristischen Personen an diesen Leistungen interessiert wären, sei erwähnt, dass auch natürliche Personen nicht alle Leistungen beanspruchen, für die ihre Steuerbeträge verwendet werden. So werden beispielsweise kinderlose Familien und Alleinstehende nicht vom Steueranteil befreit, der für Schulen aufgewendet wird.

Die Landeskirchen sind im Kanton Zug ein unverzichtbarer Teil des sozialen Netzes. Sie finanzieren mit Steuereinnahmen Leistungen und Angebote, welche der ganzen Gesellschaft zugutekommen: Die Kirchen bieten Seelsorge, sie ermöglichen Orte des Willkommens und der Begegnungen, sie begleiten Menschen in Lebensübergängen (freudigen wie auch schmerzhaften), sie fördern Kultur auf vielfältige Weise und sie ermöglichen Weiterbildungs-, Kurs- und Freizeitangebote. So unterstützten die zehn katholischen Kirchgemeinden im Jahre 2019 zahlreiche gemeinnützige Institutionen und Vereine. Es flossen rund 1 450 000 Franken in die Jugend- und Erwachsenenarbeit (wobei dieser Betrag den Religionsunterricht nicht beinhaltet), 460 000 Franken kamen der Altersarbeit zugute (hierbei handelt es sich um die direkten Kosten ohne anteilige Personalkosten). Die Familienhilfe / Mütterberatung wurde mit rund 130 000 Franken unterstützt (direkte finanzielle Engagements, aber auch Beiträge beispielsweise an Kinderbetreuungsstellen). Ein Beitrag von 780 000 Franken kam dem Bereich Spital / Palliativ /

Hospiz / Spitex zu (insbesondere zugunsten der Spitalseelsorge sowie des Hospiz Zentralschweiz). Diverse Beratungsstellen erhielten 550 000 Franken, so beispielsweise der «Leuchtturm Zug», eine professionelle Anlauf- und Beratungsstelle für alle Menschen, welche im Kanton Zug wohnhaft sind, unabhängig von Herkunft, sozialem Stand, Religion und Weltanschauung. In die Betreuung Fremdsprachiger sowie die fremdsprachige Seelsorge flossen 970 000 Franken. Karitative Zahlungen von total 980 000 Franken wurden wie folgt gesprochen: 450 000 Franken zugunsten von Schweizer Hilfswerken, 200 000 Franken zugunsten des Caritas Markts Baar zur Milderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Long-Covid-Folgen, 330 000 Franken für Bedürftige im Ausland. 760 000 Franken flossen kulturellen Zwecken zu, 200 000 Franken flossen der Fachstelle «Forum Kirche und Wirtschaft» sowie 85 000 Franken dem Lassalle Haus zu. Das kulturelle Leben wird dabei auf vielfältige Art und Weise unterstützt: Mit kirchenmusikalischen Veranstaltungen und Angeboten wird das gesellschaftlich-kulturelle Leben mitgestaltet und wachgehalten; die aktive Mitwirkung in Chören, Chorprojekten oder anderen Formaten führt dazu, dass sich die Menschen im Kanton Zug aktiv engagieren können und damit eine persönliche Sinngabe erfahren; das kirchenmusikalische Leben macht zudem die reiche Tradition von Musik von Barock bis in die Moderne für eine breite Öffentlichkeit zugänglich. Die Kulturaufwendungen der Kirchgemeinden umfassen aber auch Lesungen, Begegnungen mit Menschen, bildende Kunst, Vorträge oder erwachsenenbildnerische Angebote; in Zusammenarbeit mit den politischen Gemeinden entstehen gemeinsame Kulturprogramme. Dazu kommen weitere Leistungen in Form der Gefängnisseelsorge (26 000 Franken jährlich) sowie die ökumenische Seelsorge für Menschen mit Behinderungen (seelsam; 165 000 Franken jährlich).

Die evangelisch-reformierte Kirchgemeinde leistete im Jahr 2019 total rund 4 738 800 Franken für Jugend-, Erwachsenen- und Betagtenarbeit (259 400 Franken für Spital-, Gefängnis- und Psychiatrieseelsorge, 116 900 Franken für Behindertenseelsorge, 31 700 Franken für die Seelsorge von Hospiz Zentralschweiz und für Palliativ Zug, 1 198 700 Franken für sozial-diakonische Dienste, 453 800 Franken für die Gemeindeförderung in den Bezirken, 157 700 Franken Beiträge an Kinder- und Jugendlager, Familienferien sowie Senioren- und Gemeindeförderung, 12 500 Franken Beiträge an verschiedene Gruppe und Vereine / nicht kirchliche Jugendarbeit, alle Zahlen gerundet). Verschiedenen Beratungsdiensten kamen 966 400 Franken zu (867 400 Franken für den Triangel Beratungsdienst abzüglich Subvention Schuldenberatung von 146 000 Franken, 30 000 Franken Beitrag Stiftung Freiwillige Fürsorge, 215 000 Franken Beitrag Bürgerschafts- und Darlehensgenossenschaft). Unterstützungsbeiträge in der Höhe von 1 094 300 Franken wurden an Hilfsorganisationen und weitere Institutionen geleistet (für KiBiZ Kinderbetreuung Zug, Familienhilfe Zug, Arbeitslosenprojekte GGZ@work und Pro Arbeit Zug, Jugendtreff Herti Zug, Benevol Zug, Frauenhaus Luzern, sodann für HEKS Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz, Betreuung Fremdsprachiger sowie 500 000 Franken für den Corona-Fonds zugunsten Dritter). Auch die evangelisch-reformierte Kirche unterstützt das kulturelle Leben: Die Kirche schafft Räume des Erlebens von Kulturen und Religion.

Nicht vergessen werden darf, dass sich die Landeskirchen in ihrem «Kerngeschäft», der (allgemeinen) Seelsorge, sehr engagieren. Sie ermöglichen Taufen, Hochzeiten und Beerdigungen (auch dann, wenn die Mitgliedschaft der Verstorbenen bei einer Landeskirche nicht gegeben ist). Kirchen als Gebäude sind Orte der Ruhe und Besinnung. Die kirchlichen Sonn- und Feiertage mit ihren Themen, ihrer Musik und ihrer Atmosphäre prägen das Jahr. Kirchen nehmen auch eine Brückenfunktion zu staatlichen Diensten und Einrichtungen ein, beispielsweise in der Bereitstellung von nachbarschaftlichen Hilfen im Bedarfsfall. Auch bieten sie Unterstützung in Krisen- und Veränderungssituationen.

Für den Unterhalt von öffentlichen Gebäuden sowie von vielen wertvollen Kunst- und Kulturdenkmälern wendeten die katholischen Kirchgemeinden im Jahr 2019 total rund 1 800 000 Franken auf; die entsprechenden Abschreibungen beliefen sich auf 4 600 000 Franken, wobei

hier anzufügen ist, dass Renovationen jeweils teuer sind, weshalb die Abschreibungen auch entsprechend hoch sind. Die evangelisch-reformierte Kirchgemeinde wendete dafür rund 951 800 Franken auf; die entsprechenden Abschreibungen beliefen sich auf rund 175 400 Franken.

Mit Good Shepherd's, der englischsprachigen Gemeinschaft in Zug, und den übrigen fremdsprachigen Gemeinschaften offerieren die Kirchen vielen Expats und Zugezogenen aus dem Ausland eine Heimat, welche über die konfessionellen Aspekte hinausgeht, womit die Kirchgemeinden die Integrationsbemühungen von Kanton und Gemeinden unterstützen. Ferner unterstützt die Katholische Kirche Zug lokales Brauchtum nicht nur mit Geld und Infrastruktur, sondern mit aktivem Engagement (Sternsinger, Samichläuse, Wallfahrten, Zuger Orgeltage, Chilbi). Rund 90 Lehrpersonen erteilen den römisch-katholischen Religionsunterricht von der 2. bis zur 9. Schulstufe, womit das tolerante und gewaltfreie Zusammenleben unter Menschen gefördert sowie das kulturelle und religiöse Wissen vermittelt wird, was eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit sowie die Integration und Identifikation mit der eigenen gesellschaftlichen und kulturellen Lebenswelt darstellt. Die seit längerer Zeit wachsenden Jugendorganisationen von Jungwacht und Blauring sowie die Pfadfinderorganisationen werden von den Kirchgemeinden nicht nur ideell, sondern auch finanziell und personell unterstützt. Diese Jugendorganisationen sind für viele Kinder und Jugendliche wichtige Begegnungs- und Erfahrungsorte, um ihre eigene Persönlichkeit und die Fähigkeit der Gruppenzugehörigkeit zu fördern – Erfahrungen, welche diese noch weit ins Erwachsenenleben tragen. Die kirchliche Bildungsarbeit umfasst neben der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auch die Bildungsarbeit für Erwachsene.

Auch die evangelisch-reformierte Kirchgemeinde bietet einen konfessionellen Religionsunterricht an, mit welchem ein Beitrag zur Erfüllung des Bildungsauftrags der Schule geleistet wird. Mit den vermittelten Kompetenzen kann die Offenheit und das Verständnis für Andersdenkende und Andersglaubende wachsen, der Dialog zum Frieden unter den Menschen und der Bewahrung der Schöpfung kann gestärkt und Orientierung für den eigenen Lebensweg kann gefunden werden. Die Reformierte Kirche des Kantons Zug beschäftigt 20 Religionslehrpersonen und drei Personen auf der Fachstelle Religionspädagogik.

Ferner gewähren die Kirchgemeinden grundsätzlich allen Interessierten Gastrecht in ihren Gebäuden, solange dies politisch, ethisch und moralisch vertretbar ist; häufig erfolgt die Vermietung gratis oder zu eher symbolischen Konditionen (Benutzung beispielsweise durch Kirchenchor, Musikschule, Jungwacht und Blauring, Pfadi, Frauengemeinschaft, Altersnachmittage, Kochgruppen, politische Parteien, Bürgergemeinden, Korporationen, Trachtengruppen, Feuerwehr, Yoga- und Meditationsgruppen, Frohes Alter, Club junger Eltern, Spielgruppen, Sprachkurse, Integrationskurse, Kleiderbörsen, Familienfeste, usw.). Ein Ausfall der Einnahmen aus der Kirchensteuer der juristischen Personen würde einen entsprechenden Einnahmenverzicht nicht länger zulassen.

Die beiden Landeskirchen zählen im Kanton Zug zu den grösseren Arbeitgebenden. Die Zahl der Beschäftigten der katholischen Kirchgemeinden beläuft sich auf 700 Angestellte bzw. umgerechnet 180 Vollzeitstellen. Bei der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde beläuft sich die Zahl der Beschäftigten auf 118 Personen, umgerechnet rund 55 Vollzeitstellen. Die Quote der Teilzeitbeschäftigten ist bei beiden Landeskirchen sehr hoch und ermöglicht damit vielen Frauen und Männern den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben. Viele Angestellte sind auf diesen höchst willkommenen Nebenerwerb angewiesen.

Das Freiwilligenteam beider Landeskirchen ist gross: Es umfasst bei den Katholischen Kirchgemeinden im Kanton Zug mehr als 3300 Personen. Dieses Engagement entspricht einem wirtschaftlichen Wert von 8–10 Millionen Franken. Bei der Evangelisch-reformierten Kirche sind es

rund 650 Freiwillige, was einem ungefähren wirtschaftlichen Wert von knapp zwei Millionen Franken entspricht.

Die Freiwilligkeit der Kirchensteuer für juristische Personen käme faktisch wohl beinahe einer Abschaffung gleich, denn die überwiegende Mehrheit der juristischen Personen würde es wohl bevorzugen, ihre Steuerbelastung zu verringern. Eine solche hätte für die Kirchgemeinden Einbussen von annähernd der Hälfte ihrer gesamten Steuereinnahmen zur Folge. Ein derart grosser Steuerausfall würde dazu führen, dass die vorerwähnten Aufgaben von den Landeskirchen nicht mehr wahrgenommen werden könnten. Dass diese Steuerausfälle nicht einfach auf die verbleibenden natürlichen Personen überwälzt werden können, steht ausser Frage. Dementsprechend müssten der Kanton und die Gemeinden, analog der Lösung des Kantons Waadt, in die entstehende Lücke einspringen. Da der Kanton und die Gemeinden diese Lücke auch wieder nur mit Steuereinnahmen der natürlichen und juristischen Personen decken könnten, würden die juristischen Personen wieder mit zusätzlichen Steuern belastet, von denen man sie eigentlich entlasten wollte. Weil der Staat aber – anders als die Kirchen – nicht mit freiwilligen Helfenden rechnen könnte, wäre gar von deutlich höheren Kosten auszugehen.

Aus diesen Überlegungen ist der Regierungsrat gegen eine Freiwilligkeit der Kirchensteuer für juristische Personen. Die Wirtschaft soll in die Solidarität für diese Gesellschaft eingebunden bleiben, gerade weil auch die Volkswirtschaft auf funktionierende Institutionen angewiesen ist, wie sie auch die Kirchen darstellen. Die Wirtschaft soll auch in Zukunft ihre soziale Verantwortung wahrnehmen, indem sie die Programme der Kirchen zur Linderung sozialer Probleme mitträgt.

6. Kirchen und Wirtschaft

6.1. Einmischung der Kirchen in politische Angelegenheiten

Die Motion wurde unter anderem damit begründet, dass sich die Landeskirchen in neuerer Zeit vermehrt in politische Angelegenheiten einmischten, wobei sich die Aktivitäten nicht selten gegen die Wirtschaft, Grundlage für Wohlstand und Wohlergehen, richteten. Man trete also offiziell gegen jene Unternehmen auf, von welchen jährlich Steuern eingefordert würden, und verwende dabei die eingenommenen finanziellen Mittel für die eigenen politischen Absichten gegen diejenigen, welche die Mittel bereitgestellt hätten.

Die Motionäre spielen damit auf die Konzernverantwortungsinitiative an, über welche die Stimmberechtigten der Schweiz am 29. November 2020 abgestimmt haben und welche am Ständemehr scheiterte. Hierzu ist anzuführen, dass sich keine Zuger Kirchgemeinde öffentlich zur Konzernverantwortungsinitiative geäussert hat. Die gewählten Kirchenrätinnen und -räte sind sich bewusst, woher das Geld kommt, und haben daher auf eine aktive Beeinflussung der Stimmbürgerinnen und -bürger verzichtet. Die reformierte Kirchgemeinde hat eine Podiumsveranstaltung vor der Abstimmung durchgeführt, an welcher zwei Befürworter, zwei Gegner der Initiative sowie zwei neutrale Personen teilgenommen haben. Die Kirchen im Kanton Zug betrachten sich als staats(mit)tragende Organisationen, die weder den sozialen noch den gesellschaftlichen Frieden mit einseitigen Stellungnahmen riskieren wollen. Die Kirchensteuer für juristische Personen untersteht kantonaler Hoheit. Eidgenössische Verallgemeinerungen sollten nicht dazu benutzt werden, die Kirchen im Kanton Zug zu bestrafen. Denn: Die Kirchgemeinden im Kanton Zug engagieren sich nicht politisch – im Gegensatz zu den Kirchgemeinden in anderen Kantonen.

6.2. Transparenz bei den Finanzen

Hin und wieder wird eine angebliche mangelnde Transparenz der Finanzen bei Kirchgemeinden angesprochen. Allerdings müssen auch die Kirchgemeinden – ebenso wie der Kanton und die Einwohnergemeinden – HRM2¹ anwenden, und zwar gestützt auf § 10 in Verbindung mit § 53 Abs. 3 des Finanzhaushaltgesetzes (FHG) vom 31. August 2006 (BGS 611.1) spätestens seit dem Jahr 2021. Damit sind formelle Transparenz und Vergleichbarkeit sichergestellt. Auch in der Kirche beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass dies nicht genügt, sondern dass besser kommuniziert werden muss, wohin die Gelder fliessen.

6.3. Verhältnis der Kirche zur Wirtschaft

Die Kirchgemeinden des Kantons Zug sind Bestandteil des Kantons Zug in seiner Vielfalt. Eine äusserst wichtige Rolle spielt dabei die Wirtschaft, vom Kleinunternehmen bis zum Grosskonzern – auch für die Kirchgemeinden. Die Katholische Kirche hat in Abstimmung mit der Reformierten Kirchgemeinde des Kantons Zug vor mehr als zehn Jahren die Fachstelle «Forum Kirche und Wirtschaft» gegründet. Das Forum Kirche und Wirtschaft fördert die Begegnung zwischen verantwortungsbewussten Entscheidungsträgern mit Vorträgen, Gesprächsrunden, Beratungen und Bildungsangeboten. Es setzt sich für christliche Grundanliegen und Werte in der Zuger Wirtschaft ein, baut Berührungspunkte ab und fördert das gegenseitige Verständnis. Zielgruppen sind Frauen und Männer aus Wirtschaft, Politik, Kirche und Bildung, die sich mit dem Thema Management und Ethik auseinandersetzen wollen. Das Forum Kirche und Wirtschaft ist bis heute in der Schweiz das einzige dieser Art. Mit erheblichem Aufwand (und Erfolg) wird für ein gegenseitiges Verständnis der Symbiose von Kirche und Wirtschaft gearbeitet. In der Öffentlichkeit sind die Veranstaltungen in Kappel am Albis (Teilnehmer jeweils rund 150) und die Vortragsreihe «Wirtschaft live» (Teilnehmer jeweils rund 30) am bekanntesten.

Ein kleiner Einblick in diese zwei Veranstaltungsreihen zeigt: Wirtschaft und Kirche schliessen sich nicht aus – sie benötigen einander. In der Vortragsreihe Kappel am Albis greifen hochkarätige Referentinnen und Referenten sowie Podiumsteilnehmende aktuelle wirtschafts-, sozial-ethische und unternehmerische Fragen auf. Eingeladen sind neben den Sachinteressierten vor allem Zuger Führungspersonen sowie Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Verwaltung, Kirche und Politik. Referierende und Themen können hier nachgelesen werden: <http://www.forum-kirchewirtschaft.ch/dokumente.php>.

Ziel der Vortragsreihe «Wirtschaft live» ist, den Mitarbeitenden der katholischen und reformierten Pfarreien sowie deren Behördenmitgliedern einen Blick hinter die Kulissen eines Unternehmens zu geben und damit Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge und die täglichen Anforderungen und Problemlösungen zu fördern. Auf der anderen Seite sollen die Kirchenleute Fragen und Anliegen aus ihrer Sicht einbringen können. Der Dialog soll zu einer angeregten Diskussion führen, von der alle Beteiligten profitieren. Beispiele vergangener Anlässe können hier nachgelesen werden:

http://www.forum-kirchewirtschaft.ch/wirtschaftlive_fruehere_veranstaltungen.php.

Speziell auf die Expat-Community ausgerichtet ist die englisch-sprachige Pfarrei Good Shepherd's in Zug. Damit wird vielen Expats eine Art Heimat ermöglicht. Die entsprechenden Kosten werden zwar im Bereich «pastorale Tätigkeiten» angesiedelt, sie haben jedoch einen direkten Einfluss auf viele Zuger Firmen.

¹ Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2, herausgegeben von der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK), Januar 2008.

Schliesslich unterstützen die Kirchen das Lassalle-Haus mit seinem Institut. Dieses richtet sich an Führungspersönlichkeiten in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft und begleitet sie auf dem Weg zu guten Entscheidungen. Es bietet Raum, Herausforderungen des Führungsalltags zu reflektieren, und lädt zum Dialog ein. Für Unternehmen bietet das Lassalle-Institut Seminare an, welche auf ihre spezifischen Bedürfnisse ausgerichtet sind. Die Konzipierung erfolgt in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Unternehmen. Kontinuierlich integriert das Seminarleitungsteam neueste Erkenntnisse der Managementlehre und -praxis in die Programme.

Darüber hinaus bestehen Vereinbarungen der Kirchgemeinden mit verschiedenen Grossfirmen im Kanton Zug im Bereich der systemischen Schulden- und Budgetberatung. Im Weiteren pflegt die von den Kirchgemeinden unterstützte Beratungsstelle Triangel eine enge Zusammenarbeit im Bereich der Jugend-, Einzel-, Budget- und Schuldenberatung mit diversen Institutionen.

Der Kontakt von Kirchgemeinden zur Wirtschaft wird im Kanton Zug also gesucht und gepflegt. Ein solcher Kontakt ist eine Zuger Besonderheit, verglichen mit den Kirchen in anderen Kantonen.

7. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Erwägungen beantragen wir Ihnen:

- Die Motion der SVP-Fraktion betreffend Freiwilligkeit der Kirchensteuer für juristische Personen (Vorlage Nr. 3188.1 - 16498) sei nicht erheblich zu erklären.

Zug, 4. Mai 2021

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Martin Pfister

Der Landschreiber: Tobias Moser